

Leipziger Tageblatt

Abend-Ausgabe
Handels-Zeitung

114. Jahrgang
Bezugspreis: ...
Anzeigenpreis: ...
Nr. 445
Donnerstag, den 23. September
1920

Erwerbslose

In Leipzig tagte ein Arbeitslosenkongress. Wer den zum ersten stürmischen Verhandlungen gefolgt ist, wird es nicht ohne Kopf-schütteln getan haben. Waren dort nicht Menschen versammelt, die von der Wohlart geregelter Arbeit ausgeschlossen, ihrer mit aller Macht wieder teilhaftig werden wollten? Man mußte schon sehr genau hinhören, und nach dem Vernommenen den ganzen Irrgarten menschlicher Zustände abwandeln, um die Sehnsucht nach der Arbeit zu entdecken. Der Grund lag darin, daß nicht um den Kern der Sache, wie man wieder zur Arbeit kommt, sondern hauptsächlich um die Frage des künftigen Lebens im allgemeinen geredet wurde. Dieser Arbeitslosenkongress war eben gar nicht ein solcher, sondern ein Aushängeschild über radikale Gruppen, die dem Agitationsbedürfnis folgend, in den von der Not der Zeit erzeugten Gemütern Verwirrung anzustellen versuchten. Nur ein solcher Versuch an und für sich nicht verwunderlich, er entspricht einer alten Taktik. Ueberraschend ist nur, daß aus der Mitte der Versammlung, von denen die Einberufung an den Leim gegangen waren, fast kein Widerspruch erfolgte, daß ihnen statt Brot die Steine der sich in Rußland als praktisch unüberwindlich erwiesenen Theorie gereicht wurden. Oder war die Veranstaltung nur eine solche bezweckter kommunistischer Reklame, die die Sehnsucht der Arbeitslosen ebensowenig verstehen wie stillen wollen? Waren die wirklich Erwerbslosen an dem Kongress nicht beteiligt? Jedenfalls ist es wenig zu verstehen, daß man den besetzten Aufsteigern, die die von der Arbeit bedauerlicherweise ausgeschlossen als „Stoßtrupp der Revolution“ gewinnen wollen, nicht die Meinung lagte. Die einfache Überzeugung, daß eine fortwährende Revolutionsangst nur fortwährende Arbeitslosigkeit erzeugen muß, sollte genügen, sämtlichen unruhigen Geistern das Handwerk zu legen.

Doch, was hier auf dem Arbeitslosenkongress in Erscheinung trat, trägt das Zeichen unseres heutigen Lebens. Wir leiden unter dem Uebermaß an Politik, während uns — man muß das leider immer wiederholen — nur Arbeit not, tut. Es wird geredet und geredet, und im übrigen wartet man auf irgendeinen Unbekannten, auf die Regierung, auf den Sozialismus oder Kommunismus, die helfen sollen. Als wenn irgendein Mensch, oder ein System, oder Gott weiß was sonst, Wunder vollbringen könnte. Der Aberglaube hat noch nie so üppige Blüten getrieben wie jetzt. Vor aller Wortgläubigkeit wird die Tat des frischen Jugends vergessen. Das trifft nicht nur bei den Arbeitslosen zu, sondern auch bei den Fabrikanten, Bauern, Politikern und Staatsmännern. Statt gemeinsam kräftig zuzufassen, schauen sie alle nach dem Lande der Verheißung und bleiben gemeinsam in dem Sumpfe stecken. Ein Anseln redender und gestikulierender Menschen.

Die Größe unseres wirtschaftlichen Elends ist nicht nur Schuld des Krieges, des Friedens und des Verhaltens unserer Feinde, das muß trotz Würdigung aller Umstände erkannt werden. Gewichtige Gründe liegen in unserer aus den Fugen geratenen wirtschaftlichen Ueberordnung. In unserem ausgemergelten Lande wird so wenig erzeugt, daß z. B. keine Verordnungen und keine Kontrollmaßnahmen das Schieber- und Wuchertum beseitigen kann. Es herrscht, übrigens nicht nur bei uns, der merkwürdige Zustand, daß das Heer der Arbeitslosen ständig wächst, während die Summe der im Kriege zerstörten und aufgezehrten Güter so groß ist, daß die vorhandenen Menschen eigentlich nicht ausreichen müßten, diese durch Arbeit zu ersetzen. Der Schluß aus den Dingen ist, daß wir die Reorganisation unseres Wirtschaftslebens nicht lösen dürfen und durch Steigerung der gesamten Arbeitsleistung die Werte erzeugen müssen, die uns Lössmittel gegen schlechte sind, also die die Lenkung mildern und neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Für Arbeitslose gibt es nichts Besseres als die Lehre der Revolution, wie sie auf dem Kongress hier vorgelesen wurde. Sie verdient ihren Namen und Kleidung, daß keine Erhöhung der Unterführung das ausgleichen kann.

Kann werden die Arbeitslosen sagen: wir wollen arbeiten, aber die Wirtschaft läßt uns aus. Deshalb wollen wir an Stelle des Kapitalismus den Sozialismus. Gut, hindert sie Kürzlichkeit und Zwang der Umstände verschiedener Faktoren an der Arbeit, es bleibt deshalb doch bestehen, daß Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist. Was hindert sie, daß sie für ihren Teil an Stelle des Kapitalismus, die Kraft des einzelnen, den „Sozialismus“, die Kraft der organisierten Gesamtheit, sehen. Bedarf es zur Erfüllung einer Sehnsucht einer mehr zerstörenden als aufbauenden „Revolution“? Dem Sozialismus haben wir schon längst in den verschiedenen Formen, und es bedarf nur fast heftiger Erregungen der Ruhe, der Ueberlegung, um daraus den Mut der friedlichen Tat zu gewinnen. Schließen sie sich zu Berufsgruppen zusammen als Grund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gleichheit (sie nennen das Kommunismus, wir Genossenschaft), zu eigener tätiger Arbeit, so können sie ein wichtiges Glied des ganzen Wirtschaftskörpers werden. Was keine Regierung und kein Gesetz ihnen geben kann, das schaffen sie sich aus der Kraft des eigenen Willens, wenn sie sich statt politischer Agitatoren wirtschaftliche Organisatoren halten. Die häßliche oder genossenschaftliche Werkstatt ersetzt die Fabrik. An Stelle der mechanischen tritt die wertvollere individuelle Qualitätsarbeit. Gemeinshaftlich ist der Einkauf, die Verteilung und der Verkauf. Der Staat kann die Garantie für die Beschaffung des Materials und des Werkzeugs übernehmen. Er wird das um so eher können, als er dann von der unproduktiven Erwerbslosenfürsorge befreit wird. Es gibt keine Berufsart, die nicht überreichlich Arbeit findet. Selbst eine Genossenschaft ungleicher Arbeiter würde mit Zentralstelle und Telefon ihre Mitarbeiter überall habilitieren können, wo jetzt die Kräfte fehlen, und Stunden, Tage oder Wochen. Es kommt nur darauf an,

unfruchtbarer durch praktische Politik zu ersetzen und die Scheinbar überflüssigen Kräfte nützlich zu beschäftigen.
Diese Genossenschaften der „tätigen Erwerbslosen“ könnten zugleich eine andere wertvolle Aufgabe mit erfüllen; hinzuwirken auf den absolut notwendigen Preisabbau. Dieser weckt den

Bedarf und hebt den arbeitsschaffenden Umsatz. Eine Revolution nach kommunistischem Rezept hat, wie Rußland lehrt, das Dasein des Arbeiters noch nicht freier und erträglicher gestaltet, das kann nur eine Evolution durch den Willen zu friedlicher Tat.
J. W.

Maßnahmen zur Besserung der Finanzlage

Der amtliche Bericht über die gestrige Kabinettsitzung

Berlin, 23. September.
Ueber die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, die sich, wie bereits gemeldet, vorzugsweise mit der Finanzlage des Reiches beschäftigte, und in der der Reichsfinanzminister Dr. Wirth sein Finanzprogramm entwickelte, wird amtlich mitgeteilt:

Die Besoldungsfrage, in der die Schwierigkeiten der Finanzlage in der letzten Zeit besonders deutlich zum Ausdruck kamen, bildete nur einen — politisch und materiell allerdings wichtigen — Teil der Beratungen. Ueber die Grundfragen der zu verfolgenden Finanzpolitik ergab sich eine einseitige Auffassung des Kabinetts. Zur Aufrechterhaltung des von dem Reichsfinanzminister eingereichten Kabinettsrats lag keine Veranlassung mehr vor.

Der Reichsfinanzminister leitete die Beratung mit einer eingehenden Darstellung der Reichsfinanzlage. (Seine Ausführungen haben wir bereits im heutigen Morgenblatt wiedergegeben. Die Ergebnisliste.) Im Hinblick auf diese Ausführungen erörterte das Kabinettsrat zunächst den Referentenentwurf für die Besoldungsausordnung. Die Beratungen führten zu dem Beschluß, daß der Referentenentwurf mit Vorbehalt kleiner Änderungen zur Grundlage des Besoldungskurses gemacht werden soll. Ueber die Notwendigkeit des Erlasses eines Sperrgesetzes, durch das eine einseitige Regelung der Beamtenbesoldung im Reich und in den Ländern gesichert werden soll, herrschte Einstimmigkeit; die Vorlage wird dem Reichsrat und dem Reichstag alsbald zugehen.

Der Reichsfinanzminister entwickelte darauf in programmatischen Ausführungen eine Reihe von Forderungen, die er zum Zweck der Gesundung der Reichsfinanzen als unumgänglich bezeichnete. Hierbei wurde als einmütiger Wille des Kabinetts festgesetzt, daß die von der Nationalversammlung verabschiedeten Eisensteuern unbedingt durchzuführen sind.

Reinverial Abschichtung der Eisensteuern
Es beabsichtigt, insbesondere gibt dies von dem Reichsminister. Ein Gesetzesentwurf, der auf der Grundlage des Reichsminister einen erheblichen Teil seines Ergebnisses alsbald dem Reich zuzuführen soll, wird mit Beschleunigung eingebracht werden. Das Reichsfinanzministerium wird dem Reichstag alsbald seinen Entwurf mit dem Reichsrat und dem Reichstag alsbald zugehen.
Die weiteren Erörterungen über die programmatischen Darlegungen des Reichsfinanzministers führten in voller Einmütigkeit zu dem Beschluß, die Stellung des Reichsfinanzministers im Reichskabinettsrat zu stärken und seinen Einfluß auf die Finanzverwaltung des Reiches zu erweitern. Dieser Beschluß wurde wesentlich mit Rücksicht darauf gefaßt, daß eine unbedingte Notwendigkeit besteht, zur Vermehrung des Zusammenbruchs unserer Finanzen, einen Stillstand und womöglich einen Abbau in den Reichsausschüssen herbeizuführen und alle Mittel zu ergreifen, um der weiteren Geldentwertung zu begegnen.

Ueber folgende Grundfrage wurde ebenfalls Einstimmigkeit herbeigeführt: In den ordentlichen Etat 1921 sollen grundsätzlich keine neuen Ausgaben eingestellt werden. Eine systematische Einschränkung der bisherigen Ausgaben ohne Unterbindung des Ausbaus von notwendigen Anlagen soll in allen Etats durchgeführt werden.

Neue Beamtenstellen sollen nicht geschaffen werden.
Weiter wurde beschlossen: größte Sparsamkeit auf persönlichen und sachlichen Gebieten bei schärfer Nachprüfung aller Ansprüche auf Abrechnung durch das Reichsfinanzministerium. Fortschreitender Abbau der bisher genehmigten Stellen. Erneute Nachprüfung des Bedarfs in den einzelnen Ressorts unter Einbeziehung besonderer Kommissare oder sachverständiger Beauftragter des Finanzministeriums. Scharfer und beschleunigter Abbau der bestehenden Kriegsorganisationen, unter Berücksichtigung der Kriegesgesellschaften und Kriegesstellen, unter Mitwirkung und Mitkontrolle des Reichsfinanzministeriums/ Schleunige Abwicklung des Kriegsfonds und Abbau der noch bestehenden

Stellen des alten Heeres. Das Reichsfinanzministerium wird darüber bei Zusammentritt des Reichstages sofort eine Denkschrift vorlegen. Zusammenlegung aller Organisationen, die gleichen Zwecken dienen; ein besonderer Kommissar vom Reichsfinanzministerium wird alsbald die Zusammenlegungsarbeit einleiten.

Das Reichskabinettsrat ist der Auffassung, daß die Befestigung des Fehlbetrages von 18 Milliarden bei der Eisenbahn und 2 Milliarden bei der Post mit allen Kräften angestrebt werden muß. Ueber die notwendigen und bereits in Angriff genommenen Maßnahmen machte der Reichsminister eingehende Mitteilungen. Schließlich trat das Kabinettsrat in eine

Erörterung der Sozialisierungsfragen.
ein und beschloß einstimmig, den Reichsminister beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen.

Die Ueberprüfung der Ernährungsfrage des Reiches im Zusammenhang mit der finanziellen Lage und die Weiterbehandlung der Wirtschaftsfragen erfolgt im Wirtschaftsausschuss des Reichskabinettsrat. Die oberste politische Frage hat das Reichskabinettsrat heute nicht beschäftigt. Angaben eines Mittagsblattes, die von einem neuen, vom Reichsminister Dr. Simons ausgearbeiteten Plan für Oberbefehlissen wiesen wollten, sind völlig unzutreffend.

Finanzministerkonferenz in Berlin (Eigener Drahtbericht)

München, 23. September.
Die Finanzminister der Einzelstaaten sind, wie der „Bayer. Anzeiger“ erzählt, zum 23. September nach Berlin zu einer Besprechung ins Reichsfinanzministerium geladen. Zur Beratung steht in erster Linie Besoldungsfragen, aber auch die anderen wichtigen Finanzfragen.

Der „Vorwärts“ dementiert

Zu der aus der „S. J. a. M.“ stammenden Mitteilung, daß die Frage der Erweiterung der Regierungsbasis bis zum Frühjahr vertagt worden sei, schreibt der „Vorwärts“:

In diesem Berichts ist kurz zu bemerken, daß davon kein wahres Wort ist. Weder der Parteivorstand noch der Fraktionsvorstand haben irgendwelche offizielle oder nichtoffizielle Verhandlungen geführt. Weder der Parteivorstand noch der Fraktionsvorstand haben von einem Fraktionsentscheidungs gesprochen oder Resolutionsentwürfe oder auf sie verzichtet oder der Regierung, wohlwollende „Rückblick“ erklärt. Richtig ist nur, daß die Partei keine Ursache sieht, ihre gegenwärtige Politik zu ändern; die darin besteht, die Führung der Reichsgeschäfte bis auf weiteres den bürgerlichen Parteien zu überlassen, die Launen sprechen, die Dinge auszuwickeln zu lassen. Ob dieser Reizeprozeß bis zum nächsten Frühjahr dauern wird, vermag niemand zu sagen.

Der „Vorwärts“ knüpft daran einen Wunsch, dem man sich nur anschließen kann, daß nämlich die Deffenlichkeit von leeren politischen Klüffeln nicht verschont bleiben möge.

Ein wirtschaftspolitische Kabinettsrat

Berlin, 23. September.
Vor einiger Zeit ist im Reichskabinettsrat, wie bereits früher gemeldet, die Frage erörtert worden, einen Kabinettsrat als engeres Kabinettsrat zu bilden. Dabei haben sich begriffliche Schwierigkeiten ergeben, die sowohl auf persönlichen als auch auf sachlichen Verhältnissen beruhen. Inzwischen ist aber der damals erörterte Grundgedanke doch teilweise realisiert worden. Da es notwendig schien, eine dauernde Führung zwischen den Ministern herzustellen, die an der Wirtschaftspolitik interessiert sind, so hat sich ein wirtschaftspolitische Kabinettsrat gebildet, dem der Reichsfinanzminister, der Finanzminister, der Schatzminister, der Arbeitsminister und der Ernährungsminister angehören. Dieses wirtschaftspolitische Kabinettsrat hat gestern unter Vorsitz des Reichsfinanzministers bereits seine erste Sitzung abgehalten.

Die Finanzlage des Reiches

Nachdem die Frage: Wer wird Wirths Nachfolger? vorläufig wieder zurückgestellt ist, hat der Reichsfinanzminister — mit Rücksicht auf die morgen beginnende Finanzkonferenz in Brüssel wohl nicht ohne Absicht — sich erneut über die Finanzlage des Reiches ausgelassen. Man kann wirklich nicht sagen: von Zeit zu Zeit hören den Ältesten gern, denn wir sind es leider schon gewohnt, daß in jeder Rede des Schatzmeisters der deutschen Republik Fühlen genannt werden, die wenigstens was unsere Verschuldung und den Bedarf des Reiches anlangt, jedesmal um eine fünfzigste Zahl von Milliarden höher sind als die bisher bekannten. Um nur die zwei wichtigsten Zahlen nochmals hervorzuheben und zu unterstreichen: der Fehlbetrag des Reiches im laufenden Haushaltsjahr wird sich auf 27 Milliarden Mark stellen, und die Gesamtschuldung des Reiches auf 37 Milliarden Mark stellen, und die Gesamtschuldung des Reiches auf 37 Milliarden Mark stellen, und die Gesamtschuldung des Reiches auf 37 Milliarden Mark stellen. In diesem Betrage kommen noch 18 Milliarden Mark, die von den Ländern bereits vorausgelegt und vom Reich zurückzufordern sind, und von 25 Milliarden Mark Schulden der Länder, die das Reich infolge der Vereinfachung des Eisenbahnwesens übernommen hat. Weiter kommen noch hierzu die Anforderungen, die aus der Besoldungsreform entstehen werden. Das Bild, das aus diesen Zahlen für uns alle entsteht, ist vollkommen verzerrt. Wie wir in bessere Verhältnisse kommen wollen, ist einfach nicht abzusehen; der Finanzminister enthält sich jeglicher Werbung hierfür, vielmehr um die Wunden der deutschen Delegationen

in Brüssel nicht von vornherein zu offenbaren. Es würde dies nur der Haltung entsprechen, die auch Frankreich, wenn man einer Meinung des „Echo de Paris“ trauen darf, befolgen will, nämlich in passiver Haltung abzuwarten und nicht vorzeitig Siffren oder Maßregeln zu nennen, die die Position seiner Abgeordneten untergraben könnte. Wir werden morgen noch einmal ausführlich auf diese Verhältnisse eingehen.
Dr. Fl.

Müllerands Wahl gesichert

(Eigener Drahtbericht)
Paris, 23. September.

Etwa 70 radikale und radikal-sozialistische Senatoren und Abgeordnete haben einen Antrag angenommen, in dem gefordert wird, daß sie den Präsidenten der Republik nur anparteilich wählen und daß sie gegen die neue politische Auffassung Stellung nehmen, die dahin geht, im Oktober eine politische Politik zu führen und daß sie daher bei der ersten Abstimmung ihre Stimme nur für den Vorstehenden der Kammer oder des Senats abgeben werden.

Gewf, 23. September.

Bei der gestrigen ersten Abstimmung der sämtlichen Fraktionen der Deputiertenkammer und des Senats hat Müllerand 228 Stimmen erhalten, also die Mehrheit der Nationalversammlung. Diese Jiffer bleibt im Januar erhalten; aber die Linke hat keinen Blick bilden können und Müllerand wird daher morgen der einzige Kandidat sein. Vom Vorwahl hat bereits in einem Briefe kategorisch erklärt, daß er für die Präsidentenwahl nicht mehr in Frage kommt.

1920
Kraft
187
11:
fon
ren
htung!
ickel,
swallach,
wagen,

10. Reichstädtetage in Weimar

(Von unserem Weimarer Mitarbeiter.)

1. Tag.

Δ Weimar, 21. September.

Nachdem der geschäftsführende Vorstand des Reichstädtetages bereits gestern zu internen Beratungen zusammengetreten und lange Verhandlungen gepflogen, fand heute vormittag die erste Mitgliederversammlung unter Anteilnahme von ungefähr 800 Bürgermeistern, Stadträten, Städtewerksräten usw. deutscher Städte statt.

Der Vorsitzende begrüßte die gemaltige Versammlung mit dem Hinweis, daß der Bund schon vor einigen Jahren 1000 Städte-Mitglieder umfasse, der Krieg aber dann das weitere Wachstum gebremst habe; jetzt bestrebe er nun gerade zehn Jahre. Der Redner gedenkt der uns durch den Schmiedekrieg entrisenen Städte sowie derjenigen in den okkupierten Gebieten in der Hoffnung, daß sie alle einst zum alten Mutterlande zurückkehren; ferner an erster Stelle die finanziellen und wirtschaftlichen Nöte, die uns mit Sorgen dem künftigen Winter entgegenblicken lassen. Schwere Arbeiten stehen den Städten auch bezüglich der Verwaltungsreform bevor.

Der Vorsitzende begrüßt dann die Ehrengäste und gedachte des verstorbenen Oberbürgermeisters Erdmann-Kerstädt (Westph.), dessen Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Ob. Regierungsrat v. Warfeld überbrachte die Grüße des preussischen Finanzministeriums mit dem Hinweis, daß dieses bereit sei, insofern mit dem Reichstädtetage Hand in Hand zu arbeiten, als es dessen Vorschläge und Wünsche eingehend und wohlwollend prüft; der Regierungsvizepräsident führte roge Arbeit an den Verhandlungen zu. Oberbürgermeister Dr. Müller-Weimar überbrachte die Grüße der Oberbehörde.

Hierauf trat man sofort in die Tagesordnung ein, und der Bundesgeschäftsführer Emilias Dr. Sachsel-Werlin hielt seinen mehrstündigen Vortrag über die städtischen Finanzen. Eine große ernste Zeit wie die jetzige hat es für die deutschen Städte noch nicht gegeben; denn die in den letzten Jahren immer mehr angewachsenen Bedürfnisse der Städte bilden die schwerste Sorge für die Zukunft; ein bitterer Kampf hat eingeleitet, und während früher die Städte aus eigener Kraft sich vor Nöten bewahren konnten, sind sie jetzt auf das Engste, was ihnen das Reich zukommen läßt. Aber freilich: was kann viel dabei herauskommen, wenn ein Armer einen andern Armen helfen will? Die Lösung des Tages muß sein: gegenseitiges Vertragen und Einschränkung zur Erhaltung der Existenz. Die Gemeinden sind vor allem deshalb in so schlechter Position, weil das Reich erst für sich selbst sorgt, ebenso die Länder; schließlich verdrängt der Staatsbankrott alle drei, und dann wird es für jeden heißen: hilf dir selbst! Helfen kann aber nur kraftvolles Handeln. Die gegenwärtigen Nöte der Städte haben nun ihre Hauptursache in der Tatsache, daß ihnen vom Reich die ihnen zustehenden Entlastungen aus der Reichseinkommensteuer infolge der noch nicht stattgefundenen Reichsfinanzreform noch nicht zugängig gemacht werden können; bis zur Regelung der ganzen Materie müssen sich nun die Städte mit Minderbeträgen begnügen.

Zur Beschaffung flüssiger Gelder für die Gemeinden werden nun folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- 1. Durch die Finanzämter wird den Gemeinden fortan die Hälfte der für die beiden ersten Steuerertragsjahre des Rechnungsjahres 1920 in bar oder durch Ueberweisung eingehenden Beträge an Reichseinkommensteuer überwiehen.
2. Aus den Beträgen für Steuermarken wird den Gemeinden von den Regierungspräsidenten vorläufig ein Zwölftel des bis 10. März 1920 beschlossenen Steueranwachstums für 1919 überwiehen (1. Vorbehalt).
3. Soweit nach Ablauf eines Vierteljahres die Beträge zu 1 und 2 nicht ein Viertel des Betrages erreichen, den die Gemeinden aus der Einkommensteuer im Jahre 1919 auf Grund von Beschlüssen vor dem 10. März 1920 bezogen haben und soweit noch Beträge aus dem Verkauf von Steuermarken verfügbar sind, wird der Unterschied dem Gemeinden von den Regierungspräsidenten überwiehen.
4. Die den Kreisen zustehenden Beträge sind von den Regierungspräsidenten zu ermitteln, sie sind den kreisangehörigen Gemeinden abzugeben und den Kreisen zu überwiehen.
5. Die Provinzen erhalten ihre Anteile demnach durch die Kreise.
Hierauf sind folgende weitere Maßnahmen in Aussicht genommen: Berücksichtigung des nach dem 10. März beschlossenen Steueranwachstums für 1919 + 25 Prozent Zuschlag, sofortige Eindämmung von Zinsföhrnissen oder Erhaltung von Zinsen für den von den Gemeinden aufgenommenen Kredit durch das Reich, wahrscheinlich von einem bestimmten Zeitpunkt ab (ev. 1. oder 15. August) oder von dem Zeitpunkt ab, wo die Gemeinden im Vorjahre im Besitz der ersten Steuerquote waren und vor allem energische Maßnahmen

Eine Ohrfeige

Von Wilhelm Hepprich.

Der Erste Konjul war schlechter Laune. Er sah den Polizeiminister mit einem schiefen Blick an: „Sie sind ein Feil, Foucault, und Ihre Agenten ebenfalls. Wollen Sie die diesen St. Regent sängt man nicht lebendig. Der Dreyer muß sofort beendat werden. Dieser Dreyer macht mich vor aller Welt lächerlich durch seine Sottisen auf den Ersten Konjul.“
„Alle Welt sieht die größte Teilnahme für Sie, Bürger Konjul, trotzdem in diesem Prozeß sehr viel gelacht wird. Dieser St. Regent geliebt nur Ihre Schwächen Stellen, die jeder kennt. Im übrigen hat er durch seinen Anschlag auf Ihr Leben mehr für Ihre Popularität getan, als Ihre sämtlichen Siege in Italien.“
„Jam Demer mit ihm!“ fuhr der Erste Konjul auf. „Ich habe schwere Stellen, das ist wahr; aber es hat noch niemand meiner Umgebung gewagt, sie lächerlich zu finden.“
„Wunder!“ lachte der Polizeiminister spöttisch: „Ihre Umgebung besteht auch nur aus Leuten Idioten und aus Speichelleckern. Werden Soldaten auf der einen Seite, charakterlosen Kreaturen auf der andern.“
„Was ist es also, Foucault?“ fragte der Erste Konjul freundlich, wie immer, wenn er etwas zu profitieren hoffte.
„Sie verstehen sich nicht zu benehmen, Bürger Konjul. Sie sind der Diktator Frankreichs und jedermann steht in Ihnen den kommenden Monarchen, aber Sie lassen die wichtigsten Eigenschaften eines Monarchen vermissen. Sie müssen Majestät lernen, wohlwollende Unnahbarkeit, — Repräsentation! — Bonaparte stand lange am Fenster. Sie könnten recht haben. Auf Repräsentation verstehe ich mich nicht. Aber was soll ich tun?“
„Nehmen Sie Unterricht bei einem Anhandelehrer, oder noch besser, studieren Sie bei einem Konjulanten, in dessen Fach die Königsrollen fallen.“
„Vortrefflich. Ich werde mich an Laima wenden.“
„Laima! Das ist der Richtige! Wenn Sie eifrig und aufmerksam studieren, werden Sie zeitweilig davon profitieren.“
„Der Bürger Laima, Schanzmeister der Comedie, wartet im Vorzimmer, Bürger Konjul.“
„Herein kam!“
Laima trat ein, groß, elegant, mit freiem, vollem Anstand. Bonaparte reichte ihm die Hand nach hinten ohne sich umzudrehen. Er war am Unterarm.
„Guten Tag, Laima, sehen Sie sich, Sie müssen bereits, aus welchem Grunde ich Sie rufen ließ!“
„Der Bürger Polizeiminister deutet es an.“
„Sind Sie bereit, den Unterricht zu übernehmen? Studen Sie, für schnelle Erfolge können Sie können?“

zur endlichen Durchführung der vorläufigen Veranlagung seitens der Finanzämter zwecks Erzielung erheblicher Vereinnahmungen.

Redner spricht dann des weiteren unter Zugrundelegung eines reichen Zahlenmaterials über die Verteilung des öffentlichen Einkommens der Reichseinkommensteuer in Grundanteilen sowie verschiedene lehrreiche Zahlenbilder der gleichen Materie unter den verschiedensten Gesichtspunkten und legt einen eigenen Vorschlag eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz, Abschnitt Einkommensteuer, vor. Einen weiteren Teil seiner Ausführungen bilden die den Gemeinden aus den Schulstoffen und Lehrerbeförderungen erwachsenden finanziellen Lasten usw. und kommt zu dem Schluß, daß das bisherige Steuererlöse auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden muß, vor allem muß u. a. die Grundsteuer, Gewerbesteuer, Grundbesitzsteuer, Umsatzsteuer — die bedeutend zu erhöhen ist — reformiert werden; zur Hebung der Finanzen sind ins Auge zu fassen und eventuell zu erhöhen u. a. die Fiskussteuer, Fremden- und Uebennachtssteuer, Vermögens-, Handels-, Biersteuer usw. Zu erhöhen ist weiterhin eine autonome Ausgestaltung der Wertumschlagsteuer; zu erhöhen gegebenenfalls Gebühren und Tarife für amtliche Urkunden und Anrechnungsgebühren. Die Erhöhung der allgemeinen Verwaltungsgebühren wird vom Verband gefordert werden, soweit dies durch die Gesetzgebung nicht ausgeschlossen ist, ebenso die Gebühren für das Verwaltungsangewandte. Ein schwieriges Kapitel bildet weiterhin die Besteuerung der Betriebe, deren Betrag erheblich zurückgegangen ist; aus einer Kommunalisierung derselben ist kein Vorteil zu erwarten. Abzulösen ist entschieden die sogenannte Kopfsteuer und ebenso eine Besteuerung der reichseinkommensteuerfreien Einkommen, die trotz aller Widerrungsbestimmungen der Willigkeit widerprechen würde. Als weitere Steuerermöglichkeiten werden genannt Lat- und Fenstersteuer, Dienstbotensteuer, Zugzwangssteuer usw., von wirtlicher Bedeutung aber sind nur die Wohnungssteuer und Zugzwangssteuer, die nennenswerte Beträge ergeben können. Bei den meisten dieser Steuern werden allerdings die Erhebungsstellen einen erheblichen Teil der Einnahmen verschlingen.

Die Frage, wie wir aus unserem Finanzelend herauskommen, ist nur dadurch zu lösen, daß wir unsere gesamte Finanzwirtschaft auf eine neue Basis stellen; Sparlosigkeit in den städtischen Haushaltungen ist die erste Bedingung; aber steht immer noch die Bevölkerungsfrage im Vordergrund. Die Körpererschaften in ungeheurerem Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit; der oberste Grundhaushalt in Zukunft lautet: keine Ausgaben ohne Deckung. Derjenige ist heute der beste Bürgermeister, der zu erhalten vermag. Maßgebend ist auch nicht die Zahl der Beamten, sondern ihre Leistungen; schädliche Beamte soll man gut bezahlen, unrichtige aber abstoßen. Die Schulden der Kommunen haben sich seit 1914 verdoppelt, während das Vermögen der Bürger wohl befristet ist, so daß für die Gemeinde nichts übrig bleibt. Die Sorge um das Wohl der deutschen Gemeinden bedarf die Gegenwart. Als größte Last der Weisheitslehre wäre die Ueberwindung der ungeheuren Schwierigkeiten durch die deutschen Gemeinden zu bezeichnen. (Lebhafte, wiederholte Zustimmung.) — Hierauf wurde in die Diskussion eingetreten.

Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion in Ulm

(Eigener Drahtbericht.)

Ulm, 23. September.

Die Reichstagsfraktion der Deutschdemokratischen Partei ist in Ulm zu einer Beratung zusammengetreten, in der Abg. Schiffel der Deutschdemokratischen Partei enge Führung mit Bundespräsident anempfohl und vor allem Einheit in der Partei selbst als Hauptnotwendigkeit erklärte. Der als Gast anwesende frühere Vizekanzler v. Pappe betonte, daß jeder sich über die Lage klar werden muß. Da die Reichstagsfraktion in Berlin festgehalten sind, wurde die Beratung der politischen Lage auf Freitag verschoben und mit der Erörterung des Sozialproblems begonnen, worüber Reichstagsabgeordneter v. Siemens das erste Referat erhalf.

Auflösung der Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Sprengung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist schon erfolgt, noch bevor auf dem Parteitag in Halle die Entscheidung über den Ausschluß von Moskau gefallen ist. Die für diesen Ausschluß an die Dritte Internationale tretenden Führer der Unabhängigen Däumig, Siedler, Koenen und Adolf Hoffmann veröffentlichten am 22. September einen Aufruf an ihre Parteigenossen und -genossinnen, aber nicht etwa im Parteilogan der Unabhängigen, der „Freiheit“, sondern in der „Roten Fahne“, die den Untertitel trägt: „Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. kommunistischen Internationale)“. In dem Aufruf wird erklärt, daß die Unterzeichner den Parteitag erst für November einberufen wollten, daß der gegen ihren Willen geschätzte 24. Oktober als Termin für den Parteitag „retschlich“ war, und daß jetzt die Rechte der Unabhängigen durch die Verlegung auf den 12. Oktober beweise, daß sie einen Ueberrumpelungsparagrafen will. Es handle sich darum, durch den Ausschluß an Moskau die Einigung des fakultativ resolutionären Proletariats nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Internationale endlich zu verwirklichen. Der Aufruf schließt: „Es lebe die Rote Fahne und die kommunistische Internationale.“ Nach der Veröffentlichung dieses Aufrufs der Führer der Linken in der Unabhängigen Sozialdemokratie darf diese erst 3 Jahre alte Partei wohl als der Vergangenheit angehörig angesehen werden.

Um den Mittellandkanal

Aus der Denkschrift für die Sächsischen.

(Von unserer Dresdner Schriftleitung.)

S. Dresden, 21. September.

Die Regierungen von Sachsen, Braunschweig, Anhalt und Preußen haben, wie bereits in der Presse mitgeteilt worden ist, an die Reichsregierung folgenden Antrag gestellt:

„Schon vor Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich die Vorarbeiten und Plannngen für die Fortführung und Vollendung des Mittellandkanals in Angriff zu nehmen und dabei den gesamtdeutschen volkswirtschaftlichen Interessen und insbesondere der Bedeutung des mitteldeutschen Industriegebietes durch Berücksichtigung der Vorschläge für eine föderale Umgestaltung mit Anhalt und Braunschweig-Leipzig Rechnung zu tragen, sowie für die erforderlichen Vorarbeiten entsprechende Mittel in den Haushaltsplan von 1921 einzusetzen.“

Zur Begründung dieses Antrages wird etwa folgendes angeführt: Nachdem durch Art. 171 der Reichsverfassung als künftiger alleiniger Träger der Wasserstraßen und ihres weiteren Ausbaues das Reich bestimmt ist, ist dieses berufen und berechtigt, sich des gesamtdeutschen als dringlichstes und wichtigstes Kanalunternehmens anerkannten Projektes ohne Verzögern anzunehmen und schon vor der formalen Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um seine rasche Ausführung zu sichern. Es wird von Preußen auch rückhaltlos zugesagt, daß man nicht daran denke, das jetzt der Sächsischen unterliegenden Mittellandkanalprojekt noch selbst und aus eigenen Mitteln auszuführen. Daher ist es unter den obwaltenden Umständen nicht mehr angebracht, die Frage der Vollendung des Mittellandkanals durch die preussische Landesversammlung entscheiden zu lassen, vielmehr ist das Kanalunternehmen schon jetzt als eine Angelegenheit des Reiches zu betrachten und durch das Reich zu betreiben.

Die Uebertragung der eingangs erwähnten Regierungen, daß durch die Vorschläge einer föderalen Umgestaltung mit Wasserstraßenverbindung nach Braunschweig-Leipzig den gesamtdeutschen volkswirtschaftlichen Interessen am besten gedient wird, stützt sich auf die Ergebnisse der von Preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen Denkschrift selbst. Sie hat den unübersehbaren Beweis erbracht, daß vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft und des Kanalunternehmens selbst einseitiger Wert darauf gelegt werden muß, daß der Kanal einerseits an das mächtige Wasserstraßennetz, andererseits an die Saale und dadurch an das hochwichtige mitteldeutsche Industriegebiet Anschluß erhält. Die Denkschrift hat gleichzeitig den Nachweis erbracht, daß während die Mittellinie durch ein verkehrswirtschaftliches Gebiet führt, durch die Sächsischen der an Bodenschätzen reiche Harz und seine Vorlande verkehrswirtschaftlich aufgeschlossen werden.

Nur die Sächsischen kann nach ihrem hohen technischen und wirtschaftlichen Aufbau, nach ihrem weiteren Entwicklungsmöglichkeiten, ihren hochwichtigen landwirtschaftlichen Nebenwirkungen und nach ihrer umfassenden Bedeutung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft für die Fortführung des Mittellandkanals in Frage kommen. Wenn demgegenüber die preussische Regierung in ihrer Vorklage an die Landesversammlung einen abweichenden Standpunkt eingenommen hat, so erklärt sich dies aus der Tatsache, daß die von ihr befragten preussischen Wasserstraßenbehörden sich unter Velleitellung aller für die gesamte deutsche Volkswirtschaft in Betracht kommenden Gesichtspunkte nur durch die Rücksichtnahme auf die engherzigen Verkehrsbeziehungen zwischen Berlin und Weßfalen über Mogabeden haben bestimmen lassen.

Auch die Finanzierung des Kanalsbaues, die bei der heutigen ungünstigen Finanzlage des Reiches in weit größerem Umfange als bei früheren Unternehmungen durch Garantieleistungen der Interessenten gefahrlig werden muß, wird durch die Wahl der Sächsischen insofern erleichtert, als der Kreis der zu Garantieleistungen bereiten Wirtschaftskreise durch die Einbeziehung des mitteldeutschen Industriegebietes eine wesentliche Erweiterung erfährt.

Die Regierungen sind überzeugt, daß die in Frage kommenden Wirtschaftskreise, zu besonderer Zweckverbänden zusammengefaßt, erhebliche Mittel für den Bau des Kanals aufbringen und weiterhin eine Garantie für seine Rentabilität übernehmen können.

Amphibisch der Dringlichkeit des gestellten Antrages stehen die Regierungen auf dem Standpunkte, daß, so schwierig die finanzielle Lage des Reiches auch ist, bei der schon bestehenden und weiter zu erwartenden Arbeitslosigkeit die durch die möglichst rasche Inangriffnahme des Mittellandkanals zu bringende Beschäftigung von solcher Wichtigkeit ist, daß das Reich schon aus diesem Grunde dem Antrage unverzüglich nachzutreten sollte.

Protest gegen die Entscheidung über Copen und Ralmedy

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 23. September.

Das preussische Staatsministerium hat heute beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, beim Völkerverbund gegen die Entscheidung über die Angliederung der Kreise Copen und Ralmedy an Belgien im Hinblick auf die hierbei begangene Verletzung des Art. 34 des Versailles Friedensvertrages Rechtsverwahrung einzulegen.

Es ist kein Mensch so vernachlässigt, Bürger Konjul, daß er nicht auftritt werden könnte.

„Gut. Und was verlangen Sie für die Stunde?“
„Es werden mich nach dem Werte honorieren, den meine Unterweilung für Sie haben wird. Das Honorar wird die Stichprobe für den Erfolg meiner Anhandelehre sein.“
Der Erste Konjul lächelte lauer. „Ich glaube, ich werde einen schlechten Schüler abgeben.“
„Um so besser werde ich als Lehrer sein. — Wann beginnen wir?“
„Besort. Sonst jeden Tag morgens 6 bis 7 Uhr.“ — — —
Der Erste Konjul schüttelte, aber Laima war unerschütterlich. Den linken Fuß etwas mehr vor, Bürger Konjul. Die rechte Schulter nicht so hängen lassen. — Greier die Haltung, in den Füßen fest. — Jetzt lehnt den Kopf neigen — halt! — ein lautes, freudliches Lächeln — nicht zu freundlich — ein Handbewegung — graysid und elegant — nicht übertrieben. Kein, Bürger Konjul, diese Handbewegung laugt noch nichts. Sie steht aus, als wollten Sie Ihrem Reichtum ein Trinkgeld geben. — Paffen Sie auf. Soll! — Verstanden?“
Bonaparte nickte mit hochrotem Kopf. Dann machte er eine Bewegung, die Laima erstarrten ließ. Er pupte sich die Nase.
„Bürger Konjul!“ sagte der Schanzmeister laut und milde. „Haben Sie nie ein Laichentuch befehen? Doch? Warum brauchen Sie den Kermel Ihres Rockes zu einer solchen Verrichtung?“
Bonaparte zog beifällig ein schwarzes Schnupstuch hervor.
„Oh!“ sagte Laima, „haben Sie Familienkranz?“
„Nein, ich habe vorhin das Untertuch umgeworfen und den Schreibtisch damit abgeputzt.“
„Ich fürchte, Bürger Konjul, daß ich die Elementarkenntnisse des Haushaltes bei Ihnen zu Unrecht vorausgesetzt habe. Es ist doch schwieriger, Sie zu unterweisen, als ich es mir gedacht habe!“
Nach vierzehn Tagen erklärte sich Laima für nahezu befriedigt. Sie sind bereits ein anderer Mensch geworden, Bürger Konjul. Sie werden sich nie wieder so lächerlich machen wie am 5. Dezember 97, als Sie vor dem Allar des Vaterlandes dem Direktorium die Dokumente von Campo Formio überreichten. Ich war damals entsetzt über Sie — erschütter — deprimiert! Sie werden auch keine miserablen Reden mehr halten wie am 18. Brumaire in den Tuilleries, eine Leistung, nach der Sie jeder Schamerredakteur sofort entlassen hätte. Man wird Sie endlich auch in der guten Gesellschaft ernst nehmen und Sie werden vor keinem Staatsdiener mehr Angst zu haben brauchen. Das haben wir denn also glücklich erreicht.“
„In der Tat, erwiderte Bonaparte, indem er sich im Spiegel betrachtete. Sie haben einen vollkommenen Weltmann aus mir gemacht; das hat nicht einmal Josephine fertig bekommen — trotz allem Schelten.“
Laima lächelte. „Nachdem ich zu sehr mit ich selbst beschäftigt, am ich

so interio mit Ihnen beschäftigen zu können. Es wäre vielleicht gut, wenn Sie sich eine Geliebte anschaffen wollten.“

„Eine Geliebte? Sehr gut! Ausgezeichnet! Wen können Sie mir für diese Beschäftigung empfehlen?“ — „Diese Anhandelehre, Bürger Konjul, müssen Sie schon selbst treffen; — für heute aber empfehle ich Ihnen den Besuch der Comedie. Ich spiele den „Rot Depp“ in Racines unsterblichem Meisterwerk. Beobachten Sie dabei genau und merken Sie sich meine Mienen, meine Gesten. Erst unglückliche Könige zeigen die wahre Häßlichkeit eines Fürsten!“

Wemds besuchte Bonaparte das Theater. Über von Laimas Debut bemerkte er wenig. Seine ganze Aufmerksamkeit war auf die Darstellerin der Antigone konzentriert, die er noch nie in der Comedie gesehen hatte. Das Programm bezeichnete sie kurz als Mme. Georgie. Sie war eine wunderbare junge Blondine von herrlichem Wuchs. Und Bonapartes beweglicher Geist brachte sie sofort mit Laimas Empfehlung, sich eine Geliebte anzuschaffen, in Verbindung.

Er war nicht der Mann, lange zu überlegen. Schon in der ersten Pause war sein Entschluß gefaßt. „Bonaparte“, rief er nach seinem Sekretär. „Schreiben Sie sofort an die Mme. Georgie, daß ich Sie morgen abend um 10 Uhr zum Souper erwarte. Rendezvous am Gartenportal, von wo die Madame unanfällig in das grüne Kabinett gelangen werden.“

„Sehr wohl, Bürger Konjul.“
Nach fünf Minuten meldete der Sekretär, daß der Auftrag erledigt sei, das Kabinett wurde Mme. Georgie am Schluß der Vorstellung überreicht werden.

Den Rest des Abends hörte der Erste Konjul sehr beifällig an. Wenn die Künstlerin aus den Kabinett trat, hatte er stets einen Geschmack von süßem Wein im Munde.

Am nächsten Morgen erschien Laima zu gemohntem Stunde. „Wo hat Ihnen der Rot Depp“ gefallen, Bürger Konjul?“
„Dem Himmel, ich habe von diesem mondächtigen Dummkopf wenig bemerkt. Aber Sie hatten da eine entzückende Antigone! Glänzend, daß die Frau sehr teuer sein wird?“

Laima sah ihn beherzt an. „Glänzend Sie, daß diese denn überhaupt zu kaufen sein wird?“
„Ach, Komplimenten sind nicht so schwer, mein Freund.“
„Wo ist es wirklich wahr, daß Sie dieses Mitter geschrieben haben?“ sagte Laima und zog einen zerwickelten Zettel hervor. „Es ist nicht Ihre Handschrift.“
„Woh! — Wissen Sie das auch schon?“
„Ich bin sogar bewußt, Ihnen die Antwort darauf anzufrachten.“
„Und was ist?“
„Eine — „Konfession“ des guten Louis, Bürger!“

Obstverkaufsstellen

Abgabe von allen Obstsorten zu angemessenen Preisen.

Erzeugern und Verarbeitern Rechnung tragend, bedingt der Sachliche Landesobst- und Weinbauverein die Herbst- und Winterobst-...

Zur glatten Abwicklung für das Unternehmen sind Bestimmungen und Richtlinien festgelegt, nach denen der Erzeuger zu liefern hat.

Die Einrichtungs- und Verkaufsstellen sind in Dresden, Chemnitz und Leipzig getroffen und soweit Bedarf vorhanden ist und Anträge hierfür gestellt werden, auch in anderen Städten durchzuführen.

Die Lotterielose werden teurer. Die Sachliche Landeslotterie wird wieder geändert, und zwar werden die mittleren und größeren Gewinne wesentlich vermehrt.

Im Reichshandelsregister Helmutstr. 1. Gewerbeamt (Leipzig) findet am Freitag, 23. Sept., eine Führung statt.

P. Kleidergeschneider noch immer am Werke. Jens Person, die wie schon mehrfach berichtet, ihre Nähtätigkeit durch freiwirtschaftliche...

P. Auffindung einer Raubfelle. Am 19. d. M. wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhof in einem Abteil 4. Klasse des 655 Uhr nachmittags...

P. Jungen von Unfälle gesch. Am Dienstag, 14. d. M., nachmittags gegen 3 Uhr, ist am Hauptbahnhof Leipzig zwischen dem Georgiring...

Das Gesicht, aber er sah sich sofort wieder und ein heimtückisches Grinsen...

Taima — der Erste Konjal kann sich mit einem Schauspiel nicht auskennen. Aber dieser Schlag wird sie trotzdem das Leben kosten.

Der Erste Konjal ließ sich auf die Lippen. Er sah, daß er machlos, wehrlos war.

„Ja“, sagte er. „So — nun ja — dann allerdings — — das Ganze war natürlich nur ein Scherz. Sie werden es als solchen verstehen und ihn in diesem Sinne Ihrer Frau erklären.“

Die „Brandschiffe“. Unser Mitarbeiter schreibt aus Berlin: Die Aufführung dieses Strindberg'schen Werkes (in der Uebersetzung von Emil Schering) war nur von mäßiger Wirkung.

1. Das Reichsgericht, Bonn, eröffnete seine Tätigkeit am Sonntag den 3. September 1920, mit dem ersten Urteil. Der geschickte Vorsitzende, Herr Reichsgerichtsrat Dr. Carl Schlegel, hat in dem ersten Urteil...

haste, erfüllt und zu Boden gemorren worden. Sie kam unter den Wagen zu liegen und wurde anscheinend nur leicht verletzt.

Demnächst wird seit dem 8. d. M. der jetzt in Würzen wohnhaft gewesene Kaufmannslehrling Johannes Otto Krüger, geboren am 20. 3. 1896 in Würzen...

Die Kartoffelkrise

Schieber an der Arbeit. (Drahtbericht.)

Wie die L.-L. von maßgebender Seite erfährt, ist der Kartoffelpreis von 25 A pro Zentner, der in der Beobachtung starke Erregung hervorgerufen hatte, bereits am 13. März festgestellt worden.

Rundgebung in Magdeburg

(Eigener Drahtbericht.)

In Magdeburg bewegte sich gestern nachmittags nach Arbeitschluss in den Fabriken ein nach Leipzig gerichteter Demonstrationszug...

Ein Antrag des Oberpräsidenten auf Herabsetzung der Preise.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat heute nach eingehenden Verhandlungen mit Vertretern der Verbände, der Kommunalverbände, der Beamten- und Arbeitervereine...

Preisherabsetzung in Geringswalde.

(Eigener Drahtbericht.)

In einer gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Richter im hiesigen Rathsausschusse stattgefundenen Verhandlung, an der außer den Stadtratvertretern Vertreter der umliegenden Landgemeinden...

Ueberfall auf einen Nachtwächter

(Eigener Drahtbericht.)

Ein schwerer Raubüberfall wurde in Wittenberg am 22. September auf den Nachtwächter der Vereinigten Aluminiumwerke ausgedrückt.

Diebstahl eines Kassenbogens

(Eigener Drahtbericht.)

Die Polizei hatte erfahren, daß gestern auf zwei Kassenbögen der Firma Carl Zeiss, die den Lohnbetrag in Höhe von 800 000 M von der Reichsbank abholen sollten, ein Raubüberfall ausgeführt worden sollte.

Explosion in einer Drogerie

do. Halle, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Gestern nachmittags entzündete in Halle in einer Drogerie eine Benzolexplosion, wodurch ein Drogist sofort getötet, ein anderer schwer verbrannt, mehrere in Läden wohnende Käufer leicht verletzt wurden.

Der zweite Bürgermeister von Wittenberg, Frubner, wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Halle wegen Verbrechens gegen das keimende Leben verhaftet.

Sport

Reitbesport. Die Rennen zu Wilmshausen-Dalsburg brachten am Mittwoch bei schönem Wetter und gutem Besuch starke Felder.

Radbesport. Carl Gaidow, der bekannte Berliner Radsportler und vierjährige deutsche Meister, der an einer Bluterkrankung erkrankt ist, wurde am Dienstag von Wilmshausen nach Berlin abgeführt.

Tennisbesport. In Wilmshausen-Dalsburg wurden am Mittwoch die Tennis-Turnierkämpfe zwischen dem Berliner und dem Wilmshausener Tennisverein ausgetragen.

Lebensmittelkalender für Freitag, 24. September. Anmeldung: Schweinefleisch, abzugeben Marke H (100 Gr.); Kriegselbengemerkte 6 (50 Gr.).

Reichshandelsregister am Freitag, 24. September. Freiberg: 8-11 Uhr, Nr. 1-150, Fleisch zum Höchstpreis.

Vorausichtliche Witterung am Freitag, den 24. September: Witterungseinstellung besser und wolkig, mittags ziemlich milde, Regen ansehend.

Hauptredaktion Leipzig: Julius Einte. Geschäftsleitung Leipzig: Dr. Carl Schlegel. Verlagsort: Leipzig.

Lebensmittelkalender für Freitag, 24. September. Anmeldung: Schweinefleisch, abzugeben Marke H (100 Gr.); Kriegselbengemerkte 6 (50 Gr.).

Reichshandelsregister am Freitag, 24. September. Freiberg: 8-11 Uhr, Nr. 1-150, Fleisch zum Höchstpreis.

Vorausichtliche Witterung am Freitag, den 24. September: Witterungseinstellung besser und wolkig, mittags ziemlich milde, Regen ansehend.

Hauptredaktion Leipzig: Julius Einte. Geschäftsleitung Leipzig: Dr. Carl Schlegel. Verlagsort: Leipzig.

Lebensmittelkalender für Freitag, 24. September. Anmeldung: Schweinefleisch, abzugeben Marke H (100 Gr.); Kriegselbengemerkte 6 (50 Gr.).

Reichshandelsregister am Freitag, 24. September. Freiberg: 8-11 Uhr, Nr. 1-150, Fleisch zum Höchstpreis.

Vorausichtliche Witterung am Freitag, den 24. September: Witterungseinstellung besser und wolkig, mittags ziemlich milde, Regen ansehend.

Hauptredaktion Leipzig: Julius Einte. Geschäftsleitung Leipzig: Dr. Carl Schlegel. Verlagsort: Leipzig.

Lebensmittelkalender für Freitag, 24. September. Anmeldung: Schweinefleisch, abzugeben Marke H (100 Gr.); Kriegselbengemerkte 6 (50 Gr.).

Reichshandelsregister am Freitag, 24. September. Freiberg: 8-11 Uhr, Nr. 1-150, Fleisch zum Höchstpreis.

Vorausichtliche Witterung am Freitag, den 24. September: Witterungseinstellung besser und wolkig, mittags ziemlich milde, Regen ansehend.

Hauptredaktion Leipzig: Julius Einte. Geschäftsleitung Leipzig: Dr. Carl Schlegel. Verlagsort: Leipzig.

Lebensmittelkalender für Freitag, 24. September. Anmeldung: Schweinefleisch, abzugeben Marke H (100 Gr.); Kriegselbengemerkte 6 (50 Gr.).

Reichshandelsregister am Freitag, 24. September. Freiberg: 8-11 Uhr, Nr. 1-150, Fleisch zum Höchstpreis.

Vorausichtliche Witterung am Freitag, den 24. September: Witterungseinstellung besser und wolkig, mittags ziemlich milde, Regen ansehend.

Hauptredaktion Leipzig: Julius Einte. Geschäftsleitung Leipzig: Dr. Carl Schlegel. Verlagsort: Leipzig.

Lebensmittelkalender für Freitag, 24. September. Anmeldung: Schweinefleisch, abzugeben Marke H (100 Gr.); Kriegselbengemerkte 6 (50 Gr.).

Reichshandelsregister am Freitag, 24. September. Freiberg: 8-11 Uhr, Nr. 1-150, Fleisch zum Höchstpreis.

Vorausichtliche Witterung am Freitag, den 24. September: Witterungseinstellung besser und wolkig, mittags ziemlich milde, Regen ansehend.

Hauptredaktion Leipzig: Julius Einte. Geschäftsleitung Leipzig: Dr. Carl Schlegel. Verlagsort: Leipzig.

